

WM-Sommerräucher Ermittler wollen Akten der Regierung

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main will zahlreiche Akten des Bundesinnenministeriums zur Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland einsehen. Dies teilten die Ermittler dem Ministerium mit. Sie interessieren sich unter anderem für die dort archivierten Dokumente zum Kulturprogramm der Weltmeisterschaft. Grund: Die dubiose 6,7-Millionen-Euro-Zahlung des Deutschen Fußball-Bundes an Ex-Adidas-Chef Robert Louis-Dreyfus, die im Mittelpunkt des WM-Skandals steht, war als „Beitrag Kulturprogramm“ getarnt. Zudem hat die Staatsanwaltschaft Interesse an Unterlagen und Akten zu den Aufsichtsrats- und Präsidialausschusssitzungen des WM-Organisationskomitees signalisiert. In diesen Gremien saßen auch die beiden ehemaligen Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) und Wolfgang Schäuble (CDU). Für Journalisten sind die fraglichen Akten bis auf Weiteres gesperrt. Insgesamt lagern im Bundesinnenministerium mehr als 300 Ordner zur Fußballweltmeisterschaft 2006. wow



Adenauer,
Globke 1963

UPI / PICTURE ALLIANCE / DPA

BND Auf ewig geheim

Der Bundesnachrichtendienst (BND) erschwert die Aufarbeitung seiner Geschichte. Es geht um die Namen von Quellen. Zwar wurden schon bislang Dokumente, die einen Rückschluss auf Identitäten ermöglichen, in der Regel nicht freigegeben oder Namen geschwärzt. Allerdings befristete der BND die Dauer der Geheimhaltung. Inzwischen beharrt der Dienst jedoch darauf, die Namen auf ewig („Ohne Frist“) zurückzuhalten. Viele noch gesperrte Vermerke beispielsweise über Gespräche zwischen BND-

Gründer Reinhard Gehlen und Hans Globke, Kanzleramtschef unter Konrad Adenauer, aus den Fünfzigerjahren werden danach nie zugänglich sein. Möglicherweise wird das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig demnächst den BND zwingen, seine Praxis zu korrigieren. Medien, darunter der SPIEGEL, haben geklagt. Ein entsprechendes Urteil würde die Deklassifizierung geheimer Papiere enorm beschleunigen. Zurzeit prüfen vier BND-Mitarbeiter unabhängig voneinander jede historische Akte vor deren Freigabe, um sicherzustellen, dass Namen von Informanten geheim bleiben. klw

Atomausstieg Schwieriges Erbe

In der Union regt sich Widerstand gegen die Pläne des Bundeswirtschaftsministeriums, die Rückstellungen der Energiekonzerne für den Abbau der Atomkraftwerke zu sichern. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) will per Gesetz verhindern, dass die Unternehmen sich durch eine Aufspaltung aus der Verantwortung für das Atomerbe stehlen. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf soll das Parlament noch dieses Jahr verabschieden. „Ich sehe keine Notwendigkeit, überstürzt ein Gesetz zur Nachhaftung zu erlassen“, sagt der CDU-Energieexperte Thomas Bareiß. Man solle erst die Arbeit einer Kommission abwarten, die derzeit im Auftrag



OLIVER TADEN

Kernkraftwerk Biblis in Hessen

des Wirtschaftsministeriums nach einer Lösung sucht, die 38 Milliarden Euro an Rücklagen zu sichern. Die großen Betreiber von Kernkraftwerken in Deutschland haben dazu den Vorschlag gemacht, das Geld in eine Stiftung einzubringen. Zu diesem Schritt rät ein Gutachten, das drei der vier Betreiber – RWE, E.on, EnBW – bei der Boston Consulting Group in Auftrag gegeben haben. Eine Stiftungslösung entspräche dem „gesellschaftlichen Bedürfnis einer sicheren Finanzierung und zuverlässigen Umsetzung des Ausstiegs“, heißt es darin. Die Konzerne würden so aber auch ihr finanzielles Risiko verringern, wie die Berater andeuten: „Die Begrenzung der Haftung auf das eingebrachte Vermögen“ eröffne den Unternehmen „Planungssicherheit und neue Spielräume für Wachstum“. gt, kn

Kittihawk

